

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Schandau und den Stadgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 3 Mk., monatlich 1 Mk., durch die Post vierteljährlich 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 12 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstellen, sowie die Zeitungsboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.



Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 25 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 30 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft). Reklame und Eingefandt die Zeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Dieke.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postfachkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porschtal, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 79

Bad Schandau, Montag, den 19. Mai 1919

63. Jahrgang

Änderung der Reichsreisebrotmarken.

959 W. M. I. Für den Bezirk der Amtshauptmannschaft einschließlich der Städte mit rev. Städteordnung wird folgendes bestimmt:

§ 1. Ab 16. Mai 1919 werden die über 50 g Gebäck lautenden Reichsreisebrotmarken in neuer Ausstattung (gelber Grund mit grünem Ueberdruck und graubrauner Randverzierung) herausgegeben, und zwar ebenfalls wie die bisherigen in Bogen von je 10 Einzelmarken lautend über je 50 g Gebäck.

§ 2. Um ein Aufbrauchen der bisherigen Marken zu ermöglichen, wird für ihre weitere Verwendung eine Uebergangsfrist bis zum 30. Juni 1919 einschließlich festgesetzt. Bis dahin sind sowohl die Marken alten wie neuen Musters nebeneinander in Geltung. Vom 1. Juli 1919 ab verlieren die Marken des bisherigen Musters ihre Gültigkeit.

§ 3. Den Verbrauchern dürfen bis zum 30. Juni 1919 einschließlich die bisherigen Marken in neue umgetauscht werden. Nach dem 30. Juni 1919 ist ein Umtausch nicht mehr zulässig, es sei denn, daß der Verbraucher einen Lebensmittelkarten-Abmeldechein oder sonstigen Ausweis vorlegt, inhalts dessen er über den 30. Juni 1919 hinaus mit Reisebrotmarken anstatt mit Bezirksbrotmarken zu seiner Brotversorgung versehen ist.

Im übrigen behalten alle bisher über den Verkehr mit Reichsreisebrotmarken erlassenen Vorschriften ihre Gültigkeit.

Pirna, den 14. Mai 1919.

Für den Bezirksverband: Die Amtshauptmannschaft.

Belieferung der Nahrungsmittelkarten.

K. M. I. Von den auf die Zeit vom 11. Mai bis 7. Juni 1919 ausgegebenen Nahrungsmittelkarten werden beliefert:

- Abchnitt I der A-Karte mit 1 1/4 Pfd.,
- „ I „ B-, C- und D-Karte mit je 1 Pfd.,
- „ II und III der A-Karte mit je 1 1/2 Pfd.,
- „ II „ III „ B- und D-Karte mit je 1 1/4 Pfd.,
- „ II „ III „ C-Karte mit je 1 Pfd.

Die Belieferung der Abschnitte I darf nicht vor dem 20. Mai, die des Abschnitts II nicht vor dem 28. Mai und die des Abschnitts III nicht vor dem 6. Juni erfolgen.

Die zur Verteilung nötigen Nahrungsmittel werden den Gemeinden im Laufe der nächsten Woche geliefert werden.

Pirna, den 15. Mai 1919.

Der Bezirksverband.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten betr.

Nächsten Donnerstag, den 22. Mai 1919, im Saale des Hotels „Lindenhof“, hier,

öffentliche Vorträge

von Herrn Sanitätsrat Dr. v. Hopffgarten, Pirna, über

„Die Gefahren der Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung“

und zwar

6 Uhr abends für Männer, 8 Uhr für Frauen und Mädchen.

Eintritt frei.

Personen unter 17 Jahren haben keinen Zutritt.

Schandau, am 17. Mai 1919.

Der Stadtrat.

Kohlenversorgung betr.

Es können beliefert werden:

Die Abschnitte I der weißen Kohlenkarte mit je 3/4 Ztr., sowie I der grünen und rosafarbenen Kohlenkarte mit je 1/2 Ztr. Briketts.

Ausgabe für die Häuser 1—150 Dienstag, den 20. d. Ms., vormittags von 8—12, für die Häuser 151—264 nachmittags von 2—6 Uhr bei Reichert an der Elbe, sowie bei Mertigs.

Gleichzeitig hat am genannten Tage, vormittags von 8—10 Uhr, im Rathaus, Wachtlokal, der noch nicht erfolgte Umtausch der alten Kohlenkarten zu erfolgen.

Schandau, den 19. Mai 1919.

Der Stadtrat.

Volksbücherei im neueren Schulgebäude, erste Etage. Ausgabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr.

Fortsetzung des amtlichen Teiles auf der letzten Seite.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Clemenceau hat der deutschen Delegation einige Bedingungen zum Friedensvertrag ausgehen lassen.

* Die Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland hat eine weitere Erleichterung erfahren.

* Die deutschen Gesamtverluste im Kriege betragen über 8,8 Millionen Mann.

* Der Reiseerlaubniszwang soll zu Beginn der Hauptreisezeit aufgehoben werden.

* Nach dem türkischen Friedensvertrag wird die Türkei fast ganz aufgeteilt.

* Ein Entlassungsgesuch Baderewskis wurde vom polnischen Senat nicht angenommen.

* Die Abstimmung auf einer Kattowitzer Grube ergab 1500 Stimmen für Deutschland und nur 15 Stimmen für Polen.

Die Rheinreise.

Nur wenige Tage trennen uns noch vom Ablauf der ersten Frist, die Herr Clemenceau der deutschen Friedensdelegation gestellt hat. Sie wird noch zu keiner unmittelbaren Entscheidung führen, da wir bis dahin nur unsere Gegenanträge einzureichen haben, die Frage nach Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen aber zunächst noch gar nicht gestellt ist. Das kommt erst nach dem 21. Mai. Inzwischen wird die ganze Regierungskommission der Franzosen aufgeboten, um uns und die übrige Welt auf die kommenden Dinge vorzubereiten.

Da ist zunächst Marschall Foch. War es das herrliche Frühlingswetter, das ihn gerade jetzt an den Rhein gelockt hat? Ihm war es vielleicht um eine Vergnügungs-, eine Erholungsreise nach schwerer Arbeit zu tun. Aber in Paris wurde natürlich auf das eifrigste für die nötige Begleitmusik gesorgt. Die Säbel rasselten, und man konnte, bei scharfem Hinsehen, fast schon wieder Kanonendonner vernehmen. In der Tat ist Marschall Foch von hohen und höchsten Generalen der Entente umgeben, und eine Anzahl Torpedobote begleitet das Schiff, auf dem er Deutschlands herrlichsten Strom befährt. Überall empfängt ihn großes militärisches Gepränge. Koblenz, Bingen, Düsseldorf hat er bereits hinter sich; jetzt kommt die belgische Zone mit Aachen und Düren an die Reihe, und den Beschluß soll die Besichtigung der französischen Armee in Elsaß-Vosbringen bilden — dann kann er beruhigt wieder nach Paris zurückkehren. Natürlich wird er überall die „sorgfältigsten militärischen Vorbereitungen“ treffen

mit dem Fall, daß Deutschland den Friedensvertrag nicht unterzeichnet. Daran kann er allerdings durch keine Macht der Welt verhindert werden; und was uns betrifft, so können wir nur sagen, daß die feindlichen Heere unretungswegen nicht bemüht zu werden brauchen: im Westen ist der Krieg für uns zu Ende, da kann Marschall Foch, wo er nur will, seinen Willen durchsetzen, ohne seine Leute auch nur einen Schuß abgeben zu lassen. Ein unmöglicher, ein unerfüllbarer, ein unwürdiger Vertrag wird für die deutsche Volksregierung nicht dadurch annehmbar, daß Frankreich seine Grenadiere marschieren läßt. Der Weg nach Berlin steht ihm vollkommen offen.

Aber neben den Drohungen darf es selbstverständlich auch nicht an Lockungen fehlen. Der interalliierte Wirtschaftsrat in Paris veröffentlicht gerade jetzt — ausgerechnet in diesen Tagen schwerster Entscheidungen über unsere ganze Zukunft — eine Erklärung, die sich so anhören soll, als würde durch sie die ewig fluchwürdige Blockade gegen das deutsche Volk aufgehoben. „Unverzüglich“ sogar und „in vollem Umfange“ soll sie aufgehoben werden, sobald wir den Friedensvertrag angenommen haben. „Inzwischen“ werden freilich nur einige vorläufige Abänderungen auf die Dauer des Waffenstillstandes vorgenommen, deren wortreiche Ausführung dann lang und breit ausgeprochen wird. Lebensmittel sollen wir fortan einführen dürfen, aber nicht mehr als 30 000 Tonnen Getreide und 70 000 Tonnen Fettstoffe. Vor allen Dingen müssen sie aber bezahlt werden — jedoch nicht etwa in Gold, Silber und Werten oder gar in Kriegsmaterial; das bleibt uns nach wie vor strengstens verboten, wobei nur die Frage offen bleibt, womit denn wir angesichts unserer gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftslage die schönen Waren erstehen sollen.

Für jeden, der uns ernstlich helfen wollte, braucht nur auf die Tatsache hingewiesen zu werden, daß in Rotterdam seit einigen Tagen 100 000 Tonnen Lebensmittel für Deutschland stilliegen und auf Geheiß der amerikanischen Lieferanten nicht weiter befördert werden sollen, ehe die dafür schuldige Anzahlung von 500 000 Mark nicht geleistet wird. So steht es augenblicklich mit unserer Zahlungsfähigkeit aus! Damit nicht genug, wird uns auch noch das Vorecht in Erinnerung gebracht, daß die Pariser Herrschaften sich für den Ankauf unserer Kohlen und Farbstoffe ausbedungen haben, bevor Waren dieser Art für die Ausfuhr Verwendung finden dürfen. Was nützt da die ständige Aufhebung der schwarzen Listen — mit solchen Hilfsmitteln können wir jetzt gar nichts mehr anfangen. Summa und der freie Verkehr mit auswärtigen Geschäftsleuten nur „unter Beachtung eines gewissen Realiments“ und unter Befolgung der Befehle der krieg-

führenden Länder über den Handel mit dem Feinde freigegeben wird. Unter Bedingungen also, die den kaufmännischen Unternehmungsgeist, wo er überhaupt noch vorhanden ist, eher erstickten als anregen müssen. Die hauptsächlichste Schwierigkeit bei der Einfuhr ist die finanzielle Frage — das wird jetzt selbst in Paris offen zugegeben. Und doch sollen wir einen Vertrag unterschreiben, der diese Schwierigkeiten ins Ungemessene vermehrt und für alle Zeiten unheilbar macht? Nein, so kommen wir nicht zum Ziel, so ganz bestimmt nicht.

Das Ziel der Feinde aber ist einzig und allein, unsere Unterschrift zu bekommen. Mit jedem Tage wird es deutlicher, daß sie nichts so sehr fürchten als die Unerbittlichkeit des deutschen Widerstandes, die Unwiderstehlichkeit der moralischen Kriegserklärung, von der Reichspräsident Ebert kürzlich gesprochen hat. Gegen sie ist selbst Marschall Foch auf die Dauer ganz machtlos; er mag nun diesseits oder jenseits des Rheins nach neuen militärischen Lorbeeren Umschau halten.

Berichtigung des Friedensvertrages.

Erleichterungen und neue Erpressungen.

Clemenceau hat unserer Delegation einige Berichtigungen zum Friedensvertrag ausgehen lassen, die zum Teil unwesentlichen Inhaltes sind. Zwei dieser Berichtigungen haben jedoch eine nicht unerhebliche Bedeutung, da sie den Sinn gewisser Teile des Vertrages ändern. Die erste bezieht sich auf die von uns nach der russischen Revolution vom November 1917 geschlossenen Verträge. Nach dem ursprünglichen Text waren alle Verträge, die wir seit dieser Revolution mit allen Regierungen oder politischen Gruppen in dem Gebiet des ehemaligen russischen Reiches geschlossen hatten, ungültig, während die neue Fassung nur die Verträge mit der maximalistischen Regierung in Rußland für ungültig erklärt. Unsere Verträge mit der Ukraine, Finnland usw. würden durch diese neue Fassung also nicht berührt. Die zweite Berichtigung ändert die Bestimmung, nach der die Alliierten die bereits geräumten Gebiete Deutschlands sofort wieder besetzen können, wenn wir irgendwelche Bedingungen des Vertrages nicht einhalten, indem sie sagt, daß diese Wiederbesetzung eintritt, falls Deutschland sich weigert, eine Bedingung des Vertrages einzuhalten.

Abänderungen der Blockade.

Der Oberste Wirtschaftsrat in Paris hat einige wesentliche Abänderungen der Blockade vorgenommen. In der Hauptsache heißt es in diesem neuesten Erlaß:

Die Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland ist künftig erlaubt, und zwar soll sie eine monatliche Ration von 30 000 Tonnen Getreide, von 70 000 Tonnen Fettstoffen nicht überschreiten. Die Lebensmittelmengen, welche die Nationen nicht überschreiten, können von jedem Lande nach Deutschland ausgeführt werden. Die aus neutralen, an Deutschland angrenzenden Ländern eingeführten Fische sind in dieser Ration nicht begriffen. Seit dem 25. März belief sich die von den alliierten und assoziierten Regierungen nach Deutschland gefandte Lebensmittelmenge auf 550 000 Tonnen, von denen ungefähr 250 000 Tonnen bereits abgeliefert wurden. Es sieht Deutschland frei, alle Lebensmittelmengen, welche es bezahlen kann, einzuführen.

Die Ausfuhr nach Deutschland wird von fast allen Formalitäten befreit und dadurch wesentlich erleichtert. Die einzige, allerdings größte Schwierigkeit ist die finanzielle Frage, da wir keinen Kredit haben und unsere Ausfuhr gleich Null ist.

Die Bedingungen für Österreich-Ungarn.

Abtretung Tirols an Italien.

Vern, 17. Mai.

Informationen aus amerikanischer Quelle zufolge, sind die Friedensbedingungen der Alliierten für Österreich-Ungarn außerordentlich milde und unterscheiden sich im Geiste wesentlich von denen, die Deutschland auferlegt worden sind. Die Bedingungen sollen sich ungefähr in folgendem Rahmen halten: 1. Anerkennung der Republik Österreich und der Republik Ungarn. 2. Verzicht beider Staaten auf die Einführung der Dienstpflicht. 3. Herausgabe der Munition und schweren Geschütze. 4. Schleifung der Forts an den rumänischen Grenzpasssen. 5. Umwandlung der Armeen in Volkzeitruppen. 6. Stellung der Donauschiffahrt unter die Stellung des Völkerbundes. 7. Abtretung eines Teiles von Transsylvanien an Rumänien und des Banats Temeswar an den südslawischen Staat. 8. Abtretung Tirols an Italien. 9. Österreich erhält das Recht auf einen Zugang zum Meere und auf Mitbenutzung der Eisenbahnen und Docks in Fiume.

Die Wacht im Osten.

Kein Stück deutschen Bodens wird abgetreten.

Der preussische Minister des Innern Heine, der eine Informationsreise durch Oberschlesien gemacht hat, hielt in Breslau eine Rede, in der er erklärte, daß die Regierung den treu zum Vaterlande stehenden Schlesiern auch ihrerseits die Treue halten werde. Dazu müßten alle Einwohner ohne Unterschied des Standes und der Partei einig sein. Der Minister wandte sich vor allem an die Arbeiter und Beamten, deren Schicksal in Oberschlesien besonders bedroht ist. In gemeinsamer Arbeit aller gelte es, dem schlesischen Volk klarzumachen, was es durch Losreißen von Deutschland verlieren würde. Im Schlußwort betonte der Minister nochmals, daß die Regierung entschlossen sei, kein Stück deutschen Landes abzutreten, aber die innere Geschlossenheit des gesamten Volkes in der Not des Vaterlandes brauche, um nach außen hin mit Erfolg bestehen zu können.

Die deutschen Volksräte in Posen und Westpreußen.

Über 300 Abgeordnete der deutschen Volksräte, die mehr als 600 Ortschaften Posens und Westpreußens vertraten, hielten in Bromberg eine Versammlung ab, um Stellung zu dem Versailler Gewaltfrieden zu nehmen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Die deutsche Ostmark vertraut dem deutschen Volke, daß es sie nicht verlassen, nicht verraten wird. Wir sind entschlossen, unser Selbstbestimmungsrecht, um das Wilson uns betrügen will, praktisch mit der Waffe in der Hand auszuüben und uns gegen polnische Vergewaltigung unserer Ostmark zu wehren. Wir erwarten, daß die Regierung an der Reichsgewalt in der Ostmark nicht rütteln lassen, sie aufrecht erhalten und dort wiederherstellen wird, wo sie erschüttert ist.

Ostpreußen lehnt die Abstammung ab.

Die von der Staatsregierung ernannten ostpreussischen Sachverständigen hielten gemeinsam mit den ostpreussischen Abgeordneten verschiedener Parteien in Königsberg eine Sitzung ab. Es wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, die die Abtretung ostpreussischer Gebiete mit oder ohne Abstammung ablehnt, und die erklärt, daß ganz Ostpreußen geschlossen hinter der Reichsregierung stehe.

Die Stimmung in Schlesien.

Es war jedem tiefer Blickenden klar, daß die Mehrheit der Einwohner Oberschlesiens gut deutsch fühlt und im entscheidenden Augenblick mit allen Mitteln für ihr Verbleiben beim Deutschen Reiche eintreten würde. Aus allen Orten kommen denn auch Protestkundgebungen. Selbst an einigen Orten, die früher als Herd der polnischen Agitation bezeichnet worden sind, betonen sich heute viele der ehemaligen Polenheker für Deutschland. Wer die gewaltigen Massenkundgebungen der letzten Tage gegen den Gewaltfrieden und gegen eine Lösung Oberschlesiens von Schlesien und vom deutschen Vaterlande gesehen hat, wer Zeuge der begeistertsten Einmütigkeit von Hunderttausenden von Oberschlesiern des Industriebezirks gewesen ist, der weiß, daß auch der Industriebezirk nie und nimmer zu den Gebieten mit unzweifelhaft polnischer Bevölkerung zu rechnen ist.

Wie 1813 ruft Breslau die schlesische Jugend zu den Waffen. Überall werden Werbestellen errichtet. Dieser Aufruf ist die einfache Folge des aus dem Volke stammenden Schreies nach Selbstverteidigung! In einigen Orten haben die Vorbereitungen zum bewaffneten Widerstande schon bedeutende Fortschritte gemacht.

Eine bezeichnende Abstimmung.

Auf der Heimgrube bei Rattowitz wurde eine Abstimmung der Welegschaft über ihre Wünsche bezüglich ihrer zukünftigen Staatsangehörigkeit veranstaltet. Dabei sprachen sich bezeichnenderweise 1500 Stimmen für Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland und nur 15 Stimmen für Anschluß an Polen aus.

Was man im neutralen Ausland sagt.

Verurteilung der Versailler Konferenz. Ein großer Teil der neutralen Presse, voran holländische Blätter, veröffentlicht eingehende Artikel, die den Friedensentwurf von Versailles verurteilen. So schreibt „Het Volk“, wenn der Viererrat die einfachste Forderung, daß das Wiederaufleben Deutschlands nicht verhindert werden dürfe, nicht begreife, so zeige er damit, daß er der Bewältigung der politischen Fragen Europas nicht gewachsen sei, und die Welt müsse dann ihre Hoffnung auf die Internationale setzen.

„Het Vaderland“ stellt fest, unmäßige Forderungen der Feinde hätten Deutschland die Einheit wiedergegeben,

Scheidemann könne ruhig sein, da das ganze Sechzig-Millionen-Volk sich hinter seine Regierung zu scharen schiene.

Aufruf an die christlichen Kirchen.

Der Vorsitzende der niederländischen Abteilung des Weltbundes zur Förderung guter Beziehungen untereinander durch die Kirche, Dr. Ramer, protestiert im Namen des Vorstandes seiner Abteilung gegen die Friedensbedingungen, die nicht im Einklang mit der Erklärung der Vereinigten Staaten vom 5. November 1918 stehen, und fordert die christlichen Kirchen auf, gegen diese Tat der Verbandsmächte zu protestieren, da die Nichterfüllung einer vor der Öffentlichkeit angenommenen sittlichen Verpflichtung seitens der Regierungen der Alliierten auf die Beziehungen der Völker untereinander und auf die Sitten der Welt von schädlichem Einfluß sein müßte.

Bedenken der englischen Presse.

Seit einigen Tagen ist in der englischen Presse ein bemerkenswerter Umschwung eingetreten. Manche Blätter erklären rund heraus, daß den Deutschen angemessene Friede sei eine Gefahr für Europa. Ein anderes Blatt meint, es sei ein Frieden der Drachenzähne, der zur Balkanisierung von drei Vierteln Europas führen müsse.

Der Geiselmord in München.

Egelhofers Blutschuld.

München, 17. Mai.

Mit allen Mitteln versuchen die verflochtenen Mäde die Schuld an dem Geiselmord von sich abzuwälzen. Demgegenüber wird aber jetzt folgende Resolution der Öffentlichkeit übergeben, die unter den Papieren des Vollzugsausschusses gefunden wurde und lautet:

Resolution.

Die Mannschaften des 1. Infanterie-Regiments haben beschlossen, nachdem 8 Mann bei Daxau gefallen sind, sofort Geiseln zu erschießen; pro Mann 5 Geiseln, also 40 Geiseln. Die Resolution muß sofort vollzogen werden. Die Mannschaften des 1. Infanterie-Regiments der 1., 2. und 3. Abteilung.

Der Vollzugsrat schickte diesen Mordbefehl an Egelhofer mit der Bemerkung: „Bitte die Sache in die Hand zu nehmen.“ Egelhofer schrieb seinerseits dazu: „Meine Zustimmung gebe ich!“ Nach dieser Entscheidung können sich die Mordtaten nicht mehr aufs Leugnen verlegen.

Die Aufsteigerung der Türkei.

Wie das neue türkische Reich ausfiehet.

Nachdem der Viererrat in Versailles Deutschland und Österreich zerstückelt hat, schickt es sich an, auch der Türkei den Garaus zu machen. Die türkische Regierung ist, wie die Pariser Blätter melden, bereits aufgefordert worden, ihre Friedensabordnung zu ernennen und nach Paris zu entsenden. Die Haupttrichlinien des mit dem alten osmanischen Reich abzuklingenden Frieden sind bereits gezogen. Die Türkei erhält ein Gebiet am Ausgang zum Mittelmeer und zum Schwarzen Meer. Das neue Reich wird dann aus den Provinzen Konia, Kodaviendikla, Adia (mit Ausnahme von Smyrna), Saraf, Kaslamun und Angora bestehen. Die Stadt Konstantinopel mit einem größeren Landstrich wird von den Vereinigten Staaten im Namen des Völkerbundes verwaltet werden. Die Vereinigten Staaten sollen auch das Mandat über das Gebiet, das vom Golf von Alexandrette in nordöstlicher Richtung bis zum Schwarzen Meer läuft, mit der Stadt Alexandrette an der Küste des Mittelmeeres und mit den Städten Trapesunt, Kerkajund Tirebobi an der Küste des Schwarzen Meeres ausüben. Ferner soll dieses Gebiet über Trapesunt hinaus in nordöstlicher Richtung bis zum Kaukasus, einschließlich der genannten Gebiete der Republiken Georgien und Armenien, laufen, so daß das Mandat Amerikas vom Mittelmeer in ununterbrochener Linie bis zum Kaspiischen Meere laufen wird. Frankreich erhält das langesehnte „Mandat“ über Syrien, aber es steht bisher noch nicht fest, ob ihm auch die Stadt Damaskus zugesprochen werden soll.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

zur Sozialisierung der Kohlenwirtschaft. Die Kohlenachverständigen arbeiten an dem Ausführungsgebot für die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft weiter. Ein Antrag, die dritte Leistung zu vertragen, bis man übersehen könne, was infolge des Friedensvertrages aus der Kohlenwirtschaft und den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen überhaupt werde, wurde nicht zum Beschluß erhoben.

Unsere Kriegsverluste. Das Gesamtergebnis an Toten, Verwundeten und Gefangenen im Kriege liegt jetzt bis zum 30. April 1919 vor. Danach wurden gemeldet als tot 1 676 696, als vermisst, von denen neun Beihilf als tot betrachtet werden müssen, 373 770, so daß ein Gesamtverlust an Toten von über 2 Millionen angenommen werden kann. Verwundet wurden gemeldet 4 207 023. In feindlicher Gefangenschaft schmachten noch 615 992. In dieser Zahl sind aber die Zivilgefangenen nicht einberechnet. Der Gesamtverlust beträgt 6 873 041 Mann.

Tschechische Vorstöße gegen Schlesien. Obwohl die Tschechen in letzter Zeit wiederholt amtlich versichert haben, daß sie keine Angriffsabsichten auf schlesische Gebiete haben, sind doch in den letzten Tagen Vorstöße tschechischer Abteilungen bei Ziegenhals und Neustadt erfolgt. Mehrfach griffen sie Postierungen bei Ziegenhals und Langenbrück an. Sie wurden aber jedesmal abgewiesen. Beim letzten Angriff blieben acht Gefangene in unserer Hand.

Wirtschaftliche Ausbildung von Arbeiterräten, Betriebsräten usw. Die sächsische Regierung hält es für erforderlich, daß den Mitgliedern von Arbeiterräten, Betriebsräten, Arbeiterausschüssen und sonstigen Vertretungen der Arbeiterschaft die Möglichkeit einer eingehenden Ausbildung auf wirtschaftlichem Gebiete geboten wird. Es soll deshalb bei den überall in der Einrichtung begriffenen Volkshochschulen die Wirtschaftskunde mit besonderem Nachdruck gepflegt und so nicht nur den gegenwärtigen Arbeitervertretern eine Vertiefung ihres wirtschaftlichen Wissens ermöglicht, sondern auch ein größerer Kreis von Arbeitern herangebildet werden, aus denen die Arbeiterschaft in Zukunft Vertreter zu wählen vermag, denen die grundlegenden Fragen des Wirtschaftslebens schon bei Eintritt ihres Amtes vertraut sind.

Verborgene Waffenlager in München. Nicht weniger als 70 000 Gewehre sind noch in München aufgefunden zu machen. Die Einbringung von Waffen schreitet

langsam vorwärts, doch besteht die Vermutung, daß neben einzelnen Waffen auch noch größere Lager bestehen. Bei einer erst kürzlich erfolgten Durchsuchung wurden an einer Stelle über 600 Gewehre und ungefähr 9000 Handgranaten beigebracht. Als Belohnung konnten etwa 3000 Mark zur Auszahlung gelangen. Das Ministerium des Inneren trifft Vorbereitungen, um gegen Ausländer, die sich gegen die Regierung Hoffmann betätigt haben, streng vorzugehen.

Gichhorn versucht sich zu rechtfertigen. Der dem ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Emil Gichhorn nahestehende Braunschweiger „Volkfreund“ veröffentlicht einen offenen Brief an den Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages. In diesem Brief versucht Gichhorn sich von den verschiedenen ihm vorgeworfenen strafbaren Handlungen reinzuwaschen und den Nachweis zu führen, daß er als Leiter des Polizeipräsidentiums von den fraglichen Ereignissen gar nichts gewußt und die sofortige Bestrafung und Entfernung der ihm untergeordnet gewesenen schuldigen Beamten veranlaßt habe. Er selbst will in keinem Fall eine strafbare Handlung amtlich geduldet oder in irgendeiner Form unterstützt haben. Sobald der Untersuchungsausschuß freies Geleit nach Berlin und zurück garantiert, will Gichhorn sich persönlich in Berlin verantworten und rechtfertigen.

Graf Brockdorff-Rantzau, der Führer der deutschen Friedensdelegation in Versailles, ist Ende der Woche nach Spa abgereist, um dort persönliche Fühlung mit dem Berliner Kabinett durch eine Unterredung mit dem Reichsfinanzminister Dernburg zu nehmen. Zu einer Reise nach Berlin mangelt dem Grafen Rantzau die Zeit. Er kehrt bereits Montag nach Versailles zurück. Irigendwelche sonstigen Bedeutungen, die man der Reise im Auslande sicher unterzählen wird, hat sie nicht.

Interessante Aufklärungen über die Schuld am Kriege geben die jetzt bekanntgewordenen Geschäftsberichte der Filiale der Deutschen Bank in London. Danach hielten die englischen Banken bereits am 27. Juli 1914 alles Gold zurück und zogen es so weit wie möglich an sich. Die deutschen Banken dagegen und ebenso die österreichischen ließen noch am 30. Juli große Goldzahlungen nach England und Frankreich abgehen. Ebenso wurden zu gleicher Zeit von Deutschland nach Rußland Zahlungen geleistet, also zu einem Termin, an dem in Rußland schon die Mobilisation angeordnet war. Es ist das ein Beweis dafür, daß in den deutschen Großbanken damals die Möglichkeit eines Krieges nicht in Betracht gezogen wurde, während die englischen Geldinstitute aneinander in gegenteiligem Sinne schon unterrichtet waren.

Französische Machenschaften in der Pfalz. Schon vor einigen Wochen sind der deutschen Regierung Mitteilungen darüber zugegangen, daß die französischen Okkupationsbehörden in der Pfalz eifrig bemüht seien, vornehmlich industrielle Kreise für den Plan einer Selbstständigkeitsklärung dieser bayerischen Provinz zu gewinnen. Es ist ihnen auch gelungen, einzelne Persönlichkeiten, die vor diesem hochverräterischen Komplott nicht zurückschreckten, zu einer allerdings sehr kleinen Gruppe zu vereinigen, die sich mit einer Selbständigkeitsklärung der Pfalz, selbstverständlich unter französischem Protektorat, einverstanden erklärt. Gestützt auf diese von ihm selbst mit den Mitteln der Überredung und der Bestechung geschaffene Gruppe von Hochverrättern, will der französische Oberkommandierende Gerard mit der Unabhängigkeitsklärung der Pfalz hervortreten. Selbstverständlich wird die deutsche Regierung dagegen schärfsten Protest erheben.

Großbritannien.

Kein zionistischer Staat in Palästina. Der Plan eines zionistischen Staates in Palästina wird nicht verwirklicht werden. Wie die der englischen Regierung nahestehenden Blätter melden, sollen den Juden in Palästina durch den Friedensvertrag alle erdenklichen Rechte verbürgt werden, aber es sei ausgeschlossen, daß sie einen selbständigen Freistaat bilden. Man nimmt an, daß diese Entscheidung auf die feindliche Haltung der anderen Einwohner Palästinas zurückzuführen ist. Die zionistische Bewegung soll durch die Friedenskonferenz nicht gefährdet werden.

Polen.

Abgelehntes Entlassungsgebet Paderewski. Nach Meldungen aus Warschau hat Paderewski seine Entlassung als Ministerpräsident gegeben, die aber vom Landtag nicht angenommen wurde. Die Krise ist darauf zurückzuführen, daß der Landtag sich geweigert hat, das von Paderewski in Paris gegebene Versprechen zur Einstellung der polnischen Offensive zu unterstützen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Eine zwischen dem Vorsitzenden des Deutschen Offizierbundes und dem Vorstande des Reichsverbandes der deutschen Unteroffiziere stattgehabte Besprechung hat zur Feststellung einer Arbeitsgemeinschaft für alle gemeinsamen Fragen beruflicher und wirtschaftlicher Art geführt.

Memmingen. Der Münchener Kommunistenführer Ernst Toller, auf dessen Ergreifung eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt wurde, wurde im Hotel Bayerischer Hof erkannt. Als man ihn jedoch verhaften wollte, war er jedoch verschwunden.

Bremen. Von der Regierungsschutztruppe Bremen wurde u. a. der Wopseweder Kommunist und Kunstmalers Heinrich Woelke verhaftet.

Samstags-Depeschen.

Berlin, 18. Mai.

Handel mit Seife.

Es wird darauf hingewiesen, daß Seife nach wie vor nicht frei gehandelt werden darf. Seife darf nur zu den gesetzlich bestimmten Höchstpreisen und gegen Seifenkarten (vergl. Verordnung vom 21. Juni 1917) abgegeben werden. Die Herstellung von Seife ist nur den Mitgliedern der Seifenherstellungs- und Vertriebsvereine gestattet. Aus dem Auslande oder dem besetzten Gebiet stammende Seife ist dem Reichsausschuß für Ole und Fette, Berlin, NW. 7 Unter den Linden 68a anzumelden und abzuliefern. In letzter Zeit häufen sich in Tageszeitungen und Fachzeitschriften die Angebote von Seife, insbesondere französische, belgische und holländischen Ursprungs. Der Käufer derartiger Produkte riskiert die Beschlagnahme der Seife und Inanspruchnahme derselben durch den Reichsausschuß für Ole und Fette. Es entstehen ihm dadurch schwere wirtschaftliche Nachteile; außerdem setzt er sich der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aus. Es kann deshalb nicht genug vor Seifengeschäften jeder Form gewarnt werden.

Berlin, 18. Mai. Im Telegramm- und Fernsprechverkehr mit den besetzten deutschen und die französischen Besatzungszone, sowie für die Rheinpfalz und das Brückenkopfgelände von Kehl folgende übereinstimmende Anordnungen.

ben
Bei
mer
in
00
des
die
eng

Telegramme sind zugelassen:
in den für den Eisenbahn-, Schiffahrts- und Postdienst notwendigen Angelegenheiten, in dringenden Privatangelegenheiten und in wichtigen Industrie- und Handelsangelegenheiten.
Ferngespräche sind nur gestattet, wenn sie für den Eisenbahn-, Schiffahrts- und Postdienst notwendig sind.
Für den Verkehr mit der belgischen Besatzungszone ist außerdem besonders bestimmt worden, daß Telegramme mit dem Vermerk „postlagernd“ oder „telegraphenlagernd“ oder mit abgekürzter Anschrift nicht zugelassen werden.

Berlin, 18. Mai. Die Abwicklungsstelle der im Postgebiet des Oberbefehlshabers Ost (Ob.-Ost) eingerichtet gewesenen deutschen Post- und Telegraphenverwaltung, Sitz in Berlin (Postsammlung) wird am 15. Mai aufgehoben. Nachfragen nach Sendungen aus dem Bezirk mit dem früheren Postgebiet Ob.-Ost sind von diesem Zeitpunkt ab an das Postamt Berlin W 8 zu richten.

Berlin, 18. Mai. Die Deutsche Allgemeine Zeitung beschäftigt sich in ihrer Sonntag-Morgenausgabe einmündig mit den kolonialen Forderungen unierer Feinde, die sie als unannehmbar bezeichnet. Sie schreibt unter anderem:

Schärfsten Protest erheben wir gegen die Gesinnung, welche aus dem bloßen Gedanken spricht, einem im Kriege unterlegenen Volke derartige Friedensbedingungen aufzuerlegen und seinen Angehörigen gegenüber in gewissen Ländern die selbst im Kriege bisher gewährleistete Sicherheit der Person und des Eigentums zu beseitigen. Wenn diese Sicherheit im Kriege verletzt worden ist, so ist dies infolge spontaner Entschlüsse geschehen, welche aus der Kriegführung als solcher oder aus dem Erfordernis kriegerischer Maßnahmen entstanden sind; bei den Friedensbedingungen der Feinde aber handelt es sich um Maßnahmen, welche durch sechs Monate mit aller Überlegung ausgeklügelt sind und tiefbedauerliche Kriegsmaßnahmen auf den Friedenszustand übertragen.

Ein solches Vorgehen der Feinde ist ein würdiges Seitenstück zu all den sonstigen Vergewaltigungen, die man uns beim Friedensschluß anzutun gelungen ist. Es wäre ein weiterer Schritt auf dem Wege, aus dem versprochenen Gerechtigkeits-Frieden einen Gewaltfrieden zu machen, der durch die Ausfaat von Haß und Erbitterung den Keim zu neuen Konflikten zwischen den Völkern legen würde. Wir fordern eine Regelung der kolonialen Frage, die „dem Geiste selbstloser und unbeeinflusster Gerechtigkeit“ entspricht (Wilsonbotschaft vom 11. Februar 1918.) Auf Kolonialbesitz kann und wird das deutsche Volk nicht verzichten.

Berlin, 17. Mai. Der Nieuwe Courant schreibt u. a., man könne sich lebhaft vorstellen, daß ein Mann mit tatsächlichen Mürren den Siegern wesentlich angenehmer gewesen wäre als Kantau, aus dessen Rede jeder gemerkt haben müßte, daß bei ihm auch nur von einer Neigung zur Taktik keine Spur vorhanden sei. Dieses Nicht-ich-wollen-Kantau brauche noch nicht ein Ausfluß von Seelengröße, worüber der Nieuwe Courant kein Urteil fällen will, zu sein, da die Tatsachen selbst ihn zu solcher Haltung zwängen. Daß er sich ausschließlich auf den Rechtsstandpunkt stelle, beweise auf jeden Fall, daß man es mit einem Staatsmanne zu tun habe, der die Forderungen des Augenblicks im ganzen Umfang begreife.

Breslau, 18. Mai. In den Reichspräsidenten ist von den städtischen Behörden Breslaus eine Kundgebung geandt worden, in der es heißt:

„Dem deutschen Volke die schriftliche Anerkennung seines eigenen Vernichtungsurteils zu verlangen, ist schlimmer als jeder Untergang. Darum rufen wir die Reichsregierung an zur Wahrung des Rechtes des ihm anvertrauten und vertrauenden Volkes, des Rechtes auf freie Arbeit in eigenen freien Lande und auf Belassung und Verhaffung von Arbeitsmöglichkeiten. Hierzu gehört, ohne auf Einzelheiten einzugehen, vor allem die Erhaltung der von der Natur unserem Volke gegebenen Lebensquellen. Diese Landesteile mit ihrer Bevölkerung müssen darum unserem Volke erhalten bleiben. Unserer Provinz insbesondere würde durch diesen Friedensvertrag eine, nicht bloß Schlesiens, sondern das ganze Reich betreffende Todeswunde beigebracht werden, wenn Oberschlesien vom Reiche abgetrennt würde. Ganz abgesehen von dem schändlichen Raube der ober-schlesischen Wodensätze würde durch die Vöstrennung Oberschlesiens und wertvoller Teile Mittel- und Niederschlesiens auch ein Volksgebilde willkürlich zerrissen werden, dessen weitüberwiegender Teil rein deutsch ist, sich aber mit dem Teile der Bevölkerung Oberschlesiens, der sich im täglichen Leben der polnischen Sprache bedient, in deutscher Kultur und gemeinsamem Bewußtsein und Empfinden der staatlichen Zusammengehörigkeit zu Gesamt-schlesien untörsbar vereinigt hat. Vor rund 750 Jahren begann die Selbstständigkeit Schlesiens unter eigenen Herzögen, und der Gedanke eines Gesamt-schlesiens hat sich unter den schwersten Stürmen vergangener Jahrhunderte immer lebendig und lebenskräftig erhalten und lebenpendend gewirkt für die engere Heimat, für den Staat und für das Deutsche Reich. In Treue zu unserer schlesischen Heimat und zum deutschen Volk erheben wir daher Einspruch gegen die willkürliche Vöstragung Oberschlesiens sowie mittel- und nieder-schlesischer Landesteile und gegen die uns und der Welt Verderben bringende Vergewaltigung des deutschen Volkes!“

Wöln, 18. Mai. Die britische Behörde hat bis auf weiteres alle Versammlungen der Zentrumspartei verboten. Es dürfen daher auch solche Versammlungen der Zentrumspartei nicht stattfinden, die bereits genehmigt sind.

Wöln, 18. Mai. Laut Cologne Post ist von englischen Kaufleuten die Gründung einer englischen Handelskammer in Wöln beschlossen worden. Die Gründung wird in London eingetragen. In Wöln wird zunächst ein Auskunfts-bureau eingerichtet, in dem außer dem Sekretär der Kammer auch ein Vertreter der Wirtschafts-abteilung der englischen Militärbehörde Auskünfte erteilen wird. Über 30 führende englische Firmen waren auf der Gründungsversammlung vertreten.

Warschau, 17. Mai. (Zuspruch des Wiener Corr.-Büros.) Gazeta Polska veröffentlicht eine Unterredung mit dem Kommandanten der polnischen Militärorganisation in Kiew, der vorgezogen aus Kiew in Warschau eingetroffen ist. Nach seinen Mitteilungen ist mit Ausnahme der Bezirke Luck, Rowno, Ostrog und einem Teil der Bezirke Schitomir, Rowel, die ganze Ukraine in den Händen der Bolschewisten. Belura, dessen Hauptquartier in Rowno war, habe sich der Sowjetregierung angeschlossen.

Der Kommandant der ukrainischen Armee, Setmann Skifko, habe in Rowno einen Staatsstreik verübt, der jedoch missglückte. Mit wenigen Offizieren habe er sich zu den polnischen Truppen gerettet. Die roten Truppen seien auf dem Vormarsch gegen Tarnopol in Ostgalizien eingedrungen, um sich mit den Ungarn zu vereinigen. Kiew sei kampflos den Bolschewisten übergeben worden. Die Stadt werde jetzt vom Volkskommissar Rakowski beherrscht. Gegenwärtig beänden sich auch Lenin und Trozki in Kiew. Das Elend in der Ukraine sei unbeschreiblich. Tausende von Tausenden uniformierter Leute mit Artillerie brandschackten das Land.

Wien, 17. Mai. Richard Strauß erschien heute vormittag zum ersten Male auf der Bühne des Operntheaters und wurde feierlich begrüßt, worauf er mit einer herzlichen Ansprache dankte.

Berlin, 18. Mai. Im Friedensauschuß der deutschen Nationalversammlung gab der Reichswirtschaftsminister Wissell wichtige Erklärungen über die Bedingungen der Friedensbedingungen auf unser Wirtschaftsleben ab. Es werde, wenn diese Bedingungen erfüllt werden müßten, uns nicht einmal das zum Leben notwendige gelassen. Das gesamte deutsche Wirtschaftsleben werde erwischt und das deutsche Volk werde zu einer Notlage verurteilt, die sich auf unsere Kinder bis ins vierte Glied erstrecken soll. Auf dem Gebiet der Kohlenwirtschaft werden Forderungen an uns gestellt, die in ihrer Ungehörigkeit kaum übertrieben werden können. Wir würden mit einer Fehlmengende von 48,3 Millionen Tonnen Kohlen oder 50,1 Prozent des Inlandsbedarfes rechnen haben. Bei Einschränkung der Inlandsversorgung um denartige Mengen müßte unser Wirtschaftsleben selbstverständlich zusammenbrechen. Auch durch den Verlust an landwirtschaftlich genutzter Fläche würden wir auf der anderen Seite etwa 25 Prozent dieser Fläche verlieren müßten. Nach den Forderungen der Entente würden wir ferner 1286 Schiffe mit 4542383 Bruttotonnen abliefern müssen und befristet für unseren eigenen Bedarf nur 385176 Bruttotonnen. Nicht weniger als 64000 deutsche Seeleute würden brotlos gemacht. Alle diese Verpflichtungen aber stellten nur einen kleinen Teil dessen dar, was Deutschland in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht an die Entente leisten soll. Alle Einkünfte Deutschlands, einschließlich der für den Zinsendienst und die Tilgung seiner inländischen Anleihen bestimmten würden in erster Linie für Zahluna der zur Wiederherstellung der Wirtschaft notwendigen Summen haften. Wir würden unter den größten Steuerlasten leben müssen, die je ein Volk getragen hat. Die Nichtzahlung der Zinsen der Kriegsanleihe würde unzulässige kleine Renten, Witwen und Arbeiter ihrer Schwarzlohn berauben, und wir würden nicht einmal die Invaliden- und Unfallrenten weiter zahlen können. Das, was uns die Entente an Bedingungen auferlegt, könne kein Volk erfüllen, und es könne sich auch niemand verpflichten, solche Bedingungen schließlich zu erfüllen, da sie die wirtschaftliche Existenz Deutschlands bedeuten.

Berlin, 18. Mai. Minister Heine erklärte in Kottow, daß beabsichtigt sei, Oberschlesien bis zum Friedensschluß unter allen Umständen militärisch zu halten.

Berlin, 18. Mai. Das Reichsernährungsministerium erläßt einen Aufruf an die deutschen Landwirte, in welchem noch einmal darauf hingewiesen wird, daß Stadt und Land zusammenstehen müssen, wenn wir in dem von der Entente gegen uns geführten Hungerkrieg nicht unterliegen sollen. Vor allem müßte die Völieferung von Lebensmitteln reichlicher werden. Die lockenden Wucherpreise des Schleichhandels dürften in diesen Stunden keinerlei Lebensmittel den ärmeren Schichten der städtischen Bevölkerung entziehen.

Berlin, 18. Mai. Der Kommandeur des Grenzschutzbataillons 2, Major Werner Bloem, ist diesseits der Demarkationslinie von Polen erschossen worden.

Genf, 18. Mai. Nach Pariser Meldungen ist nunmehr auch Bulgarien aufgefordert worden, eine Friedensabordnung nach Paris zu entsenden.

Amsterdam, 18. Mai. Einem Washingtoner Telegramm zufolge, beabsichtigt Wilson nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten zu erklären, daß er auf eine weitere Kandidatur für den Präsidentenposten verzichte.

Verailles, 17. Mai. Temps meldet, der Biererrat besprach heute vormittag die von den zuständigen Ausschüssen vorbereiteten Antworten auf die letzten Notizen Graf Brockdorffs. Der Finfrat wird Montag nachmittag prüfen, ob es angebracht ist, den Wortlaut der Friedenspräliminarien bekannt zu geben.

Liberté erzählt aus bester Quelle, daß Frankreich gewillt ist, die Regierung Koltshaks anzuerkennen, aber es sei erwünscht, daß die Alliierten einschließlich des assoziierten Amerika sich in dieser Frage einigten.

Wie Temps berichtet, besteht in dem von der Sozialistischen Parteileitung und der sozialistischen Parlamentsgruppe eingesetzten Ausschuß zur Prüfung des Friedensvertrages Uneinigkeit darüber, ob die Veröffentlichung des Wortlauts zwecks Prüfung abgewartet werden soll oder schon jetzt auf Grund des bekanntgegebenen Resümés zur Prüfung geschritten werden soll. Jedenfalls wird die Abfassung des Manifestes über den Frieden nicht vor 14 Tagen erfolgen können. Der Vorschlag des Parteisekretärs Grossard auf schnelle Einberufung eines außerordentlichen Nationalkongresses der sozialistischen Partei, welcher in der Frage des Friedensvertrages Stellung nehmen und über die von der Partei einzuleitende Aktion entscheiden soll, scheint von der Parteileitung günstig aufgenommen zu sein. Der Exekutivausschuß wird nächste Woche darüber beschließen. Inzwischen werden mehrere Redner der sozialistischen Partei in Paris und den Departements eine Reihe von Vorträgen über diese Frage halten.

Paris, 18. Mai. (Sabas.) Der österreichische Friedensvertrag ist fast fertig. Die Bestimmungen über die Verantwortlichkeiten für den Krieg sind faktisch dieselben wie in dem Deutschland betreffenden Vertrag, aber der frühere Kaiser Karl wird nicht angeklagt.

Amsterdam, 18. Mai. Das Neutersehe Bureau meldet, daß die Russen ein Ultimatum an Rumänien gerichtet haben. Beide Länder befänden sich im Kriegszustand.

Rotterdam, 18. Mai. In der Sitzung des englischen Unterhauses vom 15. Mai erklärte der Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Sarmworth, der Ausbruch der Unruhen in Baghden sei für das Auswärtige Amt eine vollständige Überraschung gewesen. Bei der Unerdrückung der Unruhen seien fast 1000 Köpfer getötet worden.

Aus Stadt und Land.

Werkblatt für den 20. Mai.

Sonnenaufgang 4⁰⁰ | Mondaufgang 11⁵⁷
Sonnennuntergang 7⁵⁸ | Monduntergang 8³⁹

1834 Französischer Staatsmann Marquis de Lafayette gest.
— 1896 Bianistin Klara Schumann gest.

Wettervorhersage.

Nordwind, zeitweise trübe, keine wesentliche Temperaturänderung, keine erheblichen Niederschläge.

—* Die Deutsche Volkspartei (Ortsgruppe Schandau) veranstaltet morgen Dienstag im städtischen Kurhaus eine öffentlichen Vortragabend und ladet zum Besuch desselben durch Anzeige ein. Herr Dr. Heinze, Staatsminister a. D. Erzellenz, wird über „Die Friedensbedingungen der Entente“ sprechen. Die Vorstände der Deutschen Nationalen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Volkspartei fordern ebenfalls ihre Mitglieder zu zahlreicher Beteiligung auf. — Wenn sich die hiesige Sozialdemokratie auch an derartigen Kundgebungen offiziell beteiligte, würde es sicher kein Fehler sein, handelt es sich doch bei dieser Angelegenheit nicht um Parteiprinzipien, sondern um die Lebensfrage sämtlicher Volksgenossen. Deshalb ist es notwendig, daß aller Parteihader in dieser schwersten Schicksalsstunde unseres Vaterlandes schweigt und das ganze Volk einen festen Block gegen den feindlichen Vernichtungswillen bildet.

—* Am kommenden Mittwoch findet im Schützenhaus die am vorigen Dienstag geplante und infolge der Landes-trauer verschobene Wohltätigkeits-Aufführung des Damen-Gesangvereins statt. Wir wollen nicht veräumen, auch an dieser Stelle besonders darauf hinzuweisen und bringen den Bericht von vor acht Tagen über die Voraufführung unseren v. Lesern und Lesrinnen in Erinnerung. Wenn auch in demselben nicht auf alle Programm Einzelheiten und Mitwirkenden infolge der Platzknappheit eingegangen werden konnte, so ist aus demselben doch unzweifelhaft zu entnehmen, daß jeder Besucher bei der Vielseitigkeit der Darbietungen auf seine Kosten kommen wird. Betont sei der gute Zweck: der Reinertrag ist für das Städtische Krankenhaus bestimmt.

—* Dem Geschäftszimmer der hier garnisonierten 2. Komp. Freiw. Grenzer-Bat. (früher Elbgrenzschutz Schandau) hat in der Nacht zum Sonntag ein Einbrecher einen Besuch abgestattet, indem er sich durch Einbrüchen einer Fensterscheibe auf dem für solche Elemente üblichen Wege Eingang verschaffte. Seine Mühen sind erfolglos gewesen und mußte er ohne Beute abziehen. Inzwischen ist eine verdächtige Person verhaftet worden. Es handelt sich um einen rückfälligen Spitzbuben, der allerdings noch nicht eingestanden hat. Er hat aber vor nicht zu langer Zeit Proben seiner Langfingerigkeit abgegeben und auf dem hiesigen Bahnhofe Koffer erbrochen und beraubt. Der Verdacht ist also sehr berechtigt.

—* Aufstellung der Vermögensverzeichnisse betr. Wir weisen darauf hin, daß besondere Aufforderung zur Aufstellung des Vermögensverzeichnisses nicht ergeht. Vordrucke zu den Vermögensverzeichnissen werden den zur Aufstellung des Vermögensverzeichnisses Verpflichteten nicht zugestellt, sondern können von heute ab bei der Stadtsteuererinnahme kostenlos entnommen werden. Den zur Aufstellung des Vermögensverzeichnisses Verpflichteten, deren Vermögen einschließlich des Vermögens der Ehefrau am 31. Dezember 1918 den Gesamtwert von 10000 M. nicht übersteigen hat, wird nachgelassen, ein Verzeichnis ihres Vermögens nach dem Stande vom 31. Dezember 1918 in einfacher Form ohne Verwendung des Vordruckes zu den Vermögensverzeichnissen aufzustellen. Die Vermögensverzeichnisse sind vorläufig noch nicht bei den Besitzsteuerämtern einzureichen. Die zur Aufstellung Verpflichteten haben das Vermögensverzeichnis zunächst nur aufzustellen und bei sich aufzubewahren. Ueber die Einreichung des Vermögensverzeichnisses bei der Steuerbehörde ergeht später besondere Anordnung.

—* Wie wir hören, sind die zuständigen Stellen seit einiger Zeit mit den Arbeiten für die Errichtung der Landesstelle für Gemeinwirtschaft beschäftigt, die am 22. April von der Volkskammer beschlossen wurde. Die Errichtung selbst hat jedoch infolge der Schwierigkeiten bei der Organisation, insbesondere bei der Auswahl geeigneter Persönlichkeiten, noch nicht erfolgen können. Unter den zahlreichen Angeboten haben sich wenig geeignete führende Kräfte befunden. Einige geeignete Persönlichkeiten, mit denen bereits verhandelt worden war, haben bebauerlicherweise abgefragt. Die beteiligten Stellen sind unausgesezt bemüht, die Arbeiten für die Errichtung der Landesstelle baldigst zum Abschluß zu bringen.

—* Die Reichswirtschaftsstelle für Kunstspinnstoffe und Stoffabfälle in Berlin hat am 1. März 1919 folgende Bekanntmachungen erlassen: 1. Beschlagnahme, Bestandshebung und Höchstpreise von Lumpen und neuen Stoffabfällen aller Art, 2. Beschlagnahme und Bestandserhebung von Kunstwolle und Kunstbaumwolle, 3. Höchstpreise für Kunstwolle aller Art, 4. Allgemeines Reißverbot. Diese Bekanntmachungen sind bereits in Nr. 51 des Reichsanzeigers vom 1. März 1919 zum Abdruck gelangt. Der Wortlaut dieser Bekanntmachungen kann bei der Amtshauptmannschaft Pirna — 1 Treppe, Zimmer 10 —, bei den Stadträten Pirna, Königstein, Schandau, Sebthz und Neustadt sowie in der Schöffischen Elbzzeitung während der Geschäftsstunden eingesehen werden.

Krippen. Am Sonnabend wurde ein hiesiger Fleischermeister verhaftet, da eine Haussuchung ergab, daß er „hinten herum“ einen Ochsen geschlachtet hatte. Er war durch einen auf dem Bahnhof angehaltenen Schleichhändler, welcher erhebliche Fleischmengen bei sich trug, verraten worden.

Kamenz. In welchem Umfang jetzt der Schleichhandel in der Lausitz blüht, geht daraus hervor, daß im nahen Kammenau einem Dresdner Schleichhändler nicht weniger als 18 Zentner Kartoffeln, 10 Zentner Hafer, 3 Zentner Roggen, Gerste und Kleie und 2 Schinken abgenommen werden konnten. Die Waren sind zu Wucherpreisen in der Umgebung aufgekauft worden und sollten mit einem zweifelhafte Geschir nach Dresden gebracht werden. Bemerkenswert dabei ist, daß derartige Fälle nicht vereinzelt daftchen, sondern sich täglich wiederholen.

Dresden. Vier neue Pockenkrankungen sind am Freitag in Dresden zur Anzeige gebracht worden. Die Epidemie ist also immer noch nicht erloschen. — Durch den Funkenflug einer Lokomotive war am Freitag nachmittag das 18 Meter hohe, pyramidenförmige Graberwerk am Flügeltweg, das zum Lichtwerke der Eisenbahnwerkstätten gehört, in Brand geraten. Das Feuer fand in der trockenen Holzverschalung des hohen Turmes reiche Nahrung und mußte mit zwei Rohren energisch bekämpft werden.

Dresden. In einer Schlosserei in der Oppellstraße explodierte am Freitagnachmittag ein Azetylen-Apparat, wobei ein Gehilfe Verbrennungen erlitt. — Erhöhen hat sich am Freitag in seiner Wohnung in der Fischerstraße der 39 jähr. Kaufmann Sch. wegen schwerer Krankheit.

Wurzen. Die Unsicherheit auf dem Lande nimmt hier in erschreckender Weise zu. Innerhalb weniger Tage wurden Landwirten der Umgebung 1 Ochse von 13 Ztr. Gewicht, 15 Schweine, 4 Kälber und viele Schafe und Ziegen gestohlen.

Auc i. E. Zu Demonstrationen kam es vor dem

Stadthause. Die Ursache war, daß ohne Anordnung der Behörde aus den städtischen Beständen Kartoffeln $\frac{1}{4}$ zentnerweise verkauft worden waren. Die Einwohnerschaft fühlte sich hierdurch benachteiligt, weil nur ein geringer Teil der Einwohnerschaft berücksichtigt werden konnte, da die meisten nichts davon wußten. Infolge dessen umlagerten Frauen das Stadthaus und zu Mittag rückten in geschlossenem Zuge Arbeiter an. Der Bürgermeister stellte eine besondere Kartoffelzulage in Aussicht, worauf sich die Menge zerstreute.

Ottendorf bei Mittweida. Ein hier wohnender Arbeiter sah in Chemnitz einen Fremden, der ein Pferd führte. Der Arbeiter kannte das Tier als aus seinem Heimatdorse stammend und hielt den Unbekannten an. Dieser ließ das Pferd stehen und ergriff die Flucht, wurde aber festgenommen. Er entpuppte sich als ein stellen- und mittelloser Elektrotechniker aus Illersreuth i. B., der nachts von Chemnitz nach Ottendorf gefahren war, um dort zu stehlen. Er erbrach ein Gefäß, breitete im Hofe Stroh aus, um Geräusch zu vermeiden, holte das Pferd aus dem Stalle und führte es davon.

Rosendorf b. Herrnskretsch. Gestern kam ein junger Mann zur Gendarmereistation und meldete, daß in einem Hause ein älteres Fräulein ermordet worden wäre. Die Ermittlungen und ärztliche Leichenschau ergaben, daß der Tod durch Schläge auf den Kopf verursacht worden war. Der junge Mann, ein Landarbeiter, der bei der Ermordeten gewohnt hatte, gestand nach längerem Leugnen, daß er selbst der Mörder ist. Bei einer vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden erhebliche Geldmittel — auch in Gold — gefunden, deren Verbleib der Mordbube wahrscheinlich nicht gewußt hat. Es dient zur Beruhigung der Einwohnerschaft, daß der Täter bereits ermittelt wurde.

Marktbericht.

Birna, den 17. Mai 1919.

1 Pfd. Rhabarber 50—60 Pfg.	1 Stange Salat 20—40 Pfg.
1 Pfd. Spargel 1.50—2.80 Mt.	1 Bündel Schnittlauch 4—10 Pfg.
1 Pfd. Spinat 40—60 Pfg.	1 Bündel Radieschen 15—30 Pfg.
1 Pfd. Rote Rüben 18 Pfg.	1 St. Meerrettich 40—100 Pfg.
1 Ei 50—65 Pfg.	

Fortsetzung des amtlichen Teils.

Kurtaxe betr.

Wir weisen hierdurch erneut darauf hin, daß wegen der ordnungsgemäßen Einhebung der Kurtaxe die Angabe der in Aussicht genommenen Aufenthaltsdauer der ankommenden Fremden auf den vorgeschriebenen Anmeldezetteln als „unbestimmt“ nicht mehr zulässig ist. Vielmehr muß zunächst mindestens angegeben werden, ob der Aufenthalt sich „auf höchstens 3 (drei) Tage“ erstrecken oder „länger als 3 (drei) Tage“ dauern wird. Meldungen, die trotzdem noch auf „unbestimmte“ Aufenthaltsdauer lauten, gelten nicht als ordnungsgemäß bewirkte Fremdenanmeldungen, und es wird daher in solchen Fällen gegen die für die ordnungsgemäßen Meldungen verantwortlichen Personen auf Grund der Vorschriften im § 4 der „Neuen Bestimmungen über die Erhebung von Kurtaxe in der Badestadt Schandau“ vom 10. Mai 1917 entsprechend vorgegangen werden.

Die Frage aber, ob die Meldungen überhaupt oder sonst in ordnungsgemäßer Weise bewirkt worden sind, wird während der ganzen Dauer der Kurzeit durch unsere Schutzmannschaft nachgeprüft werden.

Schandau, den 19. Mai 1919.

Der Stadtrat.

Auf Grund der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 28. März 1919 (R.-G.-Bl. S. 355) und der Ausführungsverordnung hierzu vom 5. April 1919 (Sächsische Staatszeitung Nr. 80 vom 7. April 1919) ordnen die Demobilisierungsausschüsse für den Regierungsbezirk Dresden an:

1.

Jeder Arbeitgeber hat diejenigen bei ihm beschäftigten Arbeitnehmer (Angestellte und Arbeiter) zu entlassen, die

- weder auf Erwerb angewiesen sind, noch bei Kriegsausbruch einen auf Erwerb gerichteten Beruf hatten, oder
- bei Kriegsausbruch oder später als Arbeiter in einem land- oder forstwirtschaftlichen Haupt- oder Nebenbetriebe, als Bergarbeiter oder als Gesinde berufsmäßig tätig waren, oder
- während des Krieges von einem anderen Orte zugezogen sind, es sei denn, daß sie Schwerbeschädigte sind oder beim Inkrafttreten dieser Verordnung an ihrem derzeitigen Wohnorte mit ihrer Familie einen gemeinschaftlichen Hausstand führen oder bei Kriegsausbruch ihren Wohnsitz als Reichsdeutsche im Auslande oder an einem Orte hatten, wohin die Rückkehr infolge von Maßnahmen feindlicher Mächte verwehrt ist.

2. Ausgenommen von der Entlassung sind
 - die vom Arbeitgeber beschäftigten eigenen Haushaltungsangehörigen,
 - Generalbevollmächtigte und die im Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragenen Organe und Vertreter des Unternehmens.

3. In Einzelfällen können Ausnahmen von der Entlassungspflicht bewilligt werden, wenn sie im öffentlichen Interesse liegen oder zur Vermeidung von unbilligen Härten erforderlich sind.

4. Den nach Ziffer 1 zu entlassenden Arbeitnehmern ist unter Einhaltung der gesetzlichen oder vertragmäßigen, sofern diese die kürzere ist, mindestens aber einer zweiwöchigen Frist für den ersten zulässigen Termin zu kündigen.

Vor der Kündigung ist der Angestellten- oder Arbeiterausschuß oder eine andere an ihrer Stelle bestehende Vertretung der Angestellten oder Arbeiter oder in Ermangelung dieser die Mehrheit der Angestellten oder Arbeiter zu hören.

5. Für jeden auf Grund dieser Anordnung entlassenen Arbeitnehmer ist eine erwerbslose Ersatzperson einzustellen. Zu ihrer Erlangung hat sich der Arbeitgeber eines nicht gewerbmäßigen Arbeitsnachweises (städtischen und Bezirksarbeitsnachweises, Arbeitsnachweises von Berufsvereinigungen u. a.) zu bedienen, bei dem er seinen Ersatzbedarf binnen drei Tagen nach erfolgter Kündigung anzumelden hat.

Die Neueinstellung von Arbeitnehmern ist verboten, soweit ihre Weiterbeschäftigung der Anordnung unter Ziffer 1 zuwiderlaufen würde.

6. Jede nach Ziffer 1 zu entlassende Person ist innerhalb einer Woche nach ausgesprochener Kündigung unter Angabe von Namen, Beruf und Wohnort vom Arbeitgeber dem Demobilisierungskommissar anzuzeigen unter gleichzeitiger Bekanntgabe des Arbeitsnachweises, bei dem der Ersatzbedarf angemeldet worden ist. Die in Betracht kommenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind zu weiteren Auskunftserteilungen und Anmeldungen verpflichtet, soweit solche zur Durchführung dieser Anordnung und der weiteren Vorschriften der Verordnung vom 28. März 1919 erforderlich sind.

7. Vorläufige Zuwiderhandlungen gegen diese und etwa noch zu erlassende Anordnungen werden, soweit sie nicht nach § 16 der Verordnung vom 28. März 1919 mit Buße bedroht sind, nach § 20 der Verordnung mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

8. Die Anordnung tritt am 17. dieses Monats in Kraft.

Dresden, den 13. Mai 1919.

Die Kreishauptmannschaft.
Der Demobilisierungskommissar.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben, guten Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Juliane Ahlert
geb. Stolz

sagen wir allen Verwandten und Bekannten für den herrlichen Blumenschmuck und für das ehrenbe Geleit zur letzten Ruhestätte unsern tiefinnigsten Dank.

In tiefster Trauer
die Hinterbliebenen.

Strippen und Mägeln.

A. A. Seifenpulver,
Soda-Ersatz,
markenfreie Waschlittel,
je 30, 50, 60, 80 Pfg., empfiehlt
Rich. Riehme,
Sebnitz. :: Seifenfabr. :: Markt 10.

3 Stück
Ahorn-Böhlen
und 2 starke Bretter
(trocken) sind zu verkaufen
Schandau, Bad-Allee 220.
Dasselbst ist auch ein Posten
leere Weinflaschen z. verkaufen.

Deutsche Volkspartei.

Dienstag, den 20. Mai 1919, abends $\frac{1}{2}$ Uhr,
im Städtischen Kurhause:

Öffentlich. Vortrag

des Staatsministers a. D. Excellenz Dr. Heinze,
Mitglied der Nationalversammlung.

Thema: „Die Friedensbedingungen der Entente.“

Gäste sehr willkommen.

Dr. Carlsburg, Vorsitzender.

Schützenhaus Schandau.

Mittwoch, den 21. Mai 1919:

Wohltätigkeits-Aufführung

des
Schandauer Damen-Gesangvereins
unter Leitung des Herrn Oberlehrer Zimmer.

Anfang pünktlich $\frac{1}{2}$ 8 Uhr.

Starten im Vorverkauf bei **Clemens Söhner**: 1. Sperr-
sitz 2.— Mt., 2. Sperrsitze 1.50 Mt., 1. Platz 1.— Mt.,
2. Platz —.50 Mt. An der Kasse 25 Pfg. höher.

Der Reinertrag
ist für das Städtische Krankenhaus bestimmt.

Möbel,
gut erhalten, sowie sämtliches
Hausgerät
wegen Auflösung des Haushaltes
sodort zu verkaufen.
Geil. Dff. an die S. Elbz. erb.

Die Mitglieder der Ortsgruppe der
Deutsch-nationalen Volkspartei
sind zu der am Dienstag, dem 20. Mai, abends $\frac{1}{2}$ 8 Uhr, im
Städtischen Kurhaussaale einberufenen

Versammlung der Deutschen Volkspartei

eingeladen und werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Deutsche Demokratische Partei,
Ortsgruppe Schandau.

Zum Besuche der morgen Dienstag im Städtischen Kur-
haussaale stattfindenden

Versammlung der Deutschen Volkspartei

laden wir unsere Mitglieder hierdurch ein.
Der Vorstand.

Kavalier-Schubcreme,
Vedersfett, Linoleumwachs,
reine Delware, empfiehlt
Rich. Riehme, Sebnitz,
Markt 10.

Blei

zu kaufen gesucht. Näheres
in der Sächsischen Elbz. z.

Sehr gut erhaltener und wenig
gebrauchter
Gehrockanzug
(Rock, Hose, Weste), Größe 160
bis 170, preiswert zu kaufen
gesucht. Angebote mit Preis
unter „Gehrock“ an die Ge-
schäftsstelle d. Bl. erbeten.

Eine neumeletene
Ziege
zu kaufen gesucht.
Ostrauer Scheibe.

Aufwartung
ab 1. Juni für Vormittag sucht
Oberlehrer Schulze,
Wendischfähre.

Aufwartung
gesucht.
Frau M. Schmidt
Elbstraße 60 I.

Die Protestversammlung

der hiesigen Ortsgruppen der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und des Deutsch-Oesterreichischen Volksbundes für Sachsen am Sonnabend in Hegenbarths Sälen war gut besucht.

Hochverehrte deutsche Volksgenossen! In dieser bittersten Stunde, die uns in diesem Raume versammelt hat, sind wir nicht als Vertreter irgendwelcher Parteien gekommen.

Das Deutschland, das einst so geachtet dastand unter allen Völkern, das so viel an Kulturellem geschaffen hat, ist in dieser Stunde geschlagen und zerschlagen.

Was steht uns bevor? Damit wollen wir uns jetzt beschäftigen. Sklavenlos und Sklaventod ist es, wenn das zur Tat wird, was jene feindlichen Mächte in fünfmonatlichen Beratungen fertiggestellt haben.

Wer hätte geglaubt, daß es so viel Heuchelei, Niedertracht und Gemeinheit geben kann, wie in diesem Wilson!?

Durch die Bestimmung des Vertrags, daß Deutschland die Höhe der Zölle vom Jahre 1913 nicht überschreiten darf, wird es mit den Massenprodukten der feindlichen Länder überflutet werden.

Eine weitere Angelegenheit, die tief in unser Wirtschafts-

leben eingreift, ist die Internationalisierung des Rheins und der Elbe! Man faßt sich an die Stirne und fragt: Sind denn die Kerle dort wahninnig geworden?

Die Kolonien werden uns geraubt! Eine Begründung dafür fehlt, weil es keine gibt. Deutschland liegt am Boden und ist todwund wie ein Mensch, der von Räubern überfallen wurde.

Unsere Kohlengruben gehen uns bis zu 40 Proz. verloren, und trotzdem sollen wir Frankreich, Belgien und Italien mit Kohlen versorgen, die Preise dafür bestimmt die Entente.

Als eine der schlimmsten Bedingungen bezeichnete Herr Pastor Kubitz die Abgabe von Vieh. Dadurch wird die Sterblichkeit bis ins Unendliche steigen.

Schließlich erwähnte Redner noch den Widerhall und die Stimmung, die durch die niederträchtigen Bedingungen im Auslande hervorgerufen wurden und meinte, daß man von dieser Seite wohl keine Hilfe erwarten könne.

Was sollen wir nun tun? Sollen wir unterschreiben oder ablehnen? Nach tiefgründiger Betrachtung — deren ungefähre Sinn der war, daß wir wohl unterschreiben und all das Schwere auf uns nehmen könnten, wenn es sich lediglich um uns handeln würde.

Der Redner schloß seinen Vortrag mit folgender treffender Fabel vom „Kieselstein und Samen Korn“: „Ein Kieselstein und ein Weizen Korn lagen beieinander.“

Langanhaltender lebhafter Beifall, der das vollständige Einvernehmen der Anwesenden bekundete, folgte den aus Herz greifenden, überzeugenden Ausführungen als Beweis des geschlossenen Einverständnisses.

Darauf verlas Herr Vorstand Nickel folgende Entschließung, welche der Regierung zugefleht wird, um ihr den Rücken zu steifen.

Die am 17. Mai 1919 in Hegenbarths Sälen in Bad Schandau auf Einladung der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei erschienenen Volksgenossen und Volksgenossinnen fassen einstimmig folgende Entschließung:

„Präsident Wilson hat am 6. April 1918 feierlich erklärt: Wir sind bereit, bei der Schlichtung gegen das deutsche Volk gerecht zu sein.“

Wer bis jetzt noch an Wilson geglaubt hat, ist auf das allerbitterste enttäuscht. Wir sind betrogen worden! Der Friedensvorschlag

von Versailles ist ein in der Weltgeschichte nie dagewesener Bruch gemachter Versprechungen. Unsere Feinde beabsichtigen Deutschland zu zerschneiden, kerndeutsche Gebiete und Millionen Deutscher feindlichen Staaten preiszugeben und die wirtschaftliche Erbrochelung Deutschlands und seine Verklaffung herbeizuführen.

Den zweiten Teil der Protestversammlung eröffnete Herr Lehrer Fischer, indem er Herrn Dr. D. Schuchardt als Redner zu dem Thema „Einverleibung Deutsch-Böhmens in die tschecho-slowakische Republik“ begrüßte.

Herr Dr. Carlsburg wendet sich mit kurzen Worten gegen den ersten Teil des Vortrages, mit der Resolution ist er einverstanden.

(Bis zur Drucklegung dieser Nummer war uns der Text für diese Entschließung noch nicht zugegangen, so daß wir dieselbe heute leider noch nicht mit veröffentlichen können.)

Vermischtes.

Luftpolizei. In den Vereinigten Staaten hat man bereits damit begonnen, eine Luftpolizei auszubilden, und die vorgeschriebenen Flugwege, die bei dem Besuch der Fliegerversammlung auf der panamerikanischen aeronautischen Ausstellung im nächsten Monat eingehalten werden sollen, werden durch solche ausgebildeten Flugpolizisten bewacht werden.

Auch ein Zeichen der Zeit. Eine merkwürdige Warnung veröffentlichte dieser Tage eine Solinger Zeitung. Das von der „Gerechtigkeits- und Verpflügelungskommission für den Kreis Solingen“ unterzeichnete Schreiben tat kund und zu wissen, daß besagte Kommission den Eierhöchstpreis für den Kreis auf 35 Pf. das Stück und den Butterpreis auf 4 Mark pro Pfund festsetze.

Stützen des Schleichhandels. Eine Delegiertenversammlung des Verbandes der Gast- und Schankwirte für Berlin und Provinz Brandenburg droht mit Schließung der Gasthäuser, wenn die Verfügung aufrechterhalten bleibt.

357 000 Mark beschlagnahmt. Die Reisenden eines aus Kattowitz kommenden D-Zuges wurden auf Anordnung der Kommandantur des Schlesienschen Bahnhofes in Berlin zu dem Zwecke angehalten, um sie nach falschem Gelde zu durchsuchen.

Wer hat den Weltkrieg verschuldet?

Eine originelle Rundfrage.

Man sollte meinen, daß die Engländer sich schon einig darüber sind, wer den Weltkrieg verursacht hat, denn sonst würden sie ja mit ihren Verbündeten nicht planen, den deutschen Seerführern den Prozeß zu machen. Nun scheinen sie aber ihrer Sache doch nicht so ganz sicher zu sein, jedenfalls aber glauben sie, durch eine Rundfrage feststellen zu müssen, wie die Öffentlichkeit über die Schuldfrage denkt. Eine stark verbreitete englische Zeitschrift hat sich mit der Frage, wer den Weltkrieg verschuldet habe, an hervorragende englische Persönlichkeiten gewandt und den Befragten die feierliche Versicherung gegeben, daß es keinerlei Namen nennen und die Beantworter der Frage nicht bloßstellen werde, daß also jeder sich ganz frei äußern könne und aus seinem Herzen keine Mordgrube zu machen brauche.

Ein bekannter britischer Hochschullehrer schiebt die Hauptschuld am Weltkrieg — Merkur, dem Handelsgotte der Alten, zu, denn er ist die Ursache, daß alle großen Staaten immer wieder einander zu überbieten trachteten, daß jeder einzelne Staat Alleinherrscher auf dem Weltmarkt sein wollte und das industrielle Welt-rüsten nicht minder eifrig betriebene wurde wie das Rüstren zur See und zu Lande. Eine bestimmte Persönlichkeit aber könne man einfach für den Ausbruch der größten Katastrophe, die die Welt je gesehen hat, nicht verantwortlich machen. Auch nicht — aus den erwähnten Gründen — ein einzelnes Land, sondern nur alle Länder in ihrer Gesamtheit.

Ein Mitglied des Unterhauses stellt sich dagegen auf den streng patriotischen Standpunkt und meint, daß kein anderer als Wilhelm II. die Hauptschuld am Ausbruch des Weltkrieges trage. Er habe unausgeseht die eiserne Faust geballt und Neben gehalten, die Kirschen, als ob man Waffen aneinander schließe. Man habe einfach glauben müssen, daß Deutschland nur warte, bis es und seine Verbündeten genügend gerüstet seien, um endlich loszuschlagen zu können.

Nachdem dieser Politiker also sein längst bekanntes Sprüchlein hergesagt hat, meldet sich ein General zum Wort, um mit militärischer Kürze zu erklären: „Wer die Hauptschuld am Ausbruch des Weltkrieges trägt? Niemand anders als der Ehrgeiz!“ Punktum.

Ein Londoner Bühnendirektor, der ebenfalls nicht umhin konnte, seine geübte Meinung lautwerden zu lassen, macht — Hindenburg für den Weltkrieg verantwortlich und gibt damit zu erkennen, daß er keine Abnung davon hat, daß Hindenburg bei Kriegsbeginn in Pension lebte und wahrscheinlich nicht im mindesten gefragt wurde, ob er den Krieg wolle oder nicht. Immerhin geht aber aus dieser Antwort hervor, daß man bei uns doch über die englischen Verhältnisse etwas besser unterrichtet ist als die meisten Briten über die Verhältnisse, die bei Kriegsbeginn in Deutschland herrschten.

Bemerkenswert ist eine Zuschrift, in der hervorgehoben wird, daß man bei Hintanfegung aller Gefühle für die Freunde der Entente doch sagen müsse, daß Serbien am Ausbruch des Weltkrieges nicht ganz schuldlos sei. Die fortwährenden Mordereien hätten doch schließlich auch den Gedulbigsten ungeduldig machen müssen.

Die Mehrzahl derer, welche die Rundfrage beantwortet haben, sieht aber immer wieder und wieder die Hauptschuldigen in Deutschland und seinen führenden Männern, während sich auch nicht eine Stimme gefunden hat, die etwa Österreich oder Franz Ferdinand als Hauptschuldige gekennzeichnet hätte. Daß Grey, Asquith, Clemenceau und die andern treibenden Kräfte auf der Bierverbandsseite fromm und unschuldig sind wie die Tauben, ist selbstverständlich. Dafür wird vielfach Großadmiral Tirpitz als einer der „Haupttrüdelhüter“ vorgeführt. Einer weiß von ihm sogar wunderbare, selbst bei uns noch völlig unbekanntes Geschichten zu erzählen. Der Admiral soll sich „verpflichtet“ haben, mit der gesamten deutschen Flotte einige Wochen nach Kriegsbeginn England zu besuchen und dort eine große Truppenlandung vorzunehmen. „Wir danken es aber den Franzosen und dem Marneunder“, schließt der unbefangene Einsender seine Zuschrift, „daß die Absicht des weisbärtigen Herrn nicht zur Ausführung gelangt ist.“ „Weisbärtiger Summe!“ — das scheint der Kern, die Würze der ganzen Rundfrage zu sein. Und nun wissen wir endlich ganz genau, wer den Weltkrieg auf dem Kerbholz hat! A. W.

Polnische und deutsche Wirtschaft.

(Eine Gegenüberstellung.)

Der neidgelbe Band mit den sogenannten Friedensbedingungen, den Herr Dulastra in Versailles unseren Abgefanten überreichte, beherrscht wirtschaftlich wie politisch alle Geister und Gemüter Deutschlands. Was er gewerblich bedeutet, ist ja schon zur Genüge erörtert worden; aber landwirtschaftlich liegen die Dinge beinahe noch schlimmer, namentlich was den Dänen betrifft.

Daß wir mit Ost-Lothringen ein wichtiges Weinbaugesbiet verlieren, — das Saartal würde namentlich in der Dfledausbehnung, die ihm Frankreich jetzt gibt, nach dieser Richtung hin noch wesentlich bedeutsamer sein — mag ja allgemein wirtschaftlich nicht so sehr ins Gewicht fallen, wenn es auch für die Wäner dieser Gegenden zweifellos eine erhebliche Erschwerung ihrer Arbeitsbedingungen bedeuten würde. Aber die Verengung des Nahrungsspielraumes, die namentlich die Abtretungen im Osten für uns bedeuten würden, verlangt doch eine etwas nähere Beleuchtung. Entfallen doch zum Beispiel von der Weizen-ernte Deutschlands, die nach Langes landwirtschaftlich-statistischem Atlas im Durchschnitt der Jahre 1909—13 4,51 Millionen Tonnen betrug, mehr als eine Drittelmillion Tonnen allein auf Polen und Westpreußen.

Wäre hier die Einbuße durch Verlust des größten Teiles der Provinz Posen nicht allzu bedeutend, so liegen bei unserer Hauptbrotsfrucht, dem Roggen, die Dinge schon ganz anders. Von insgesamt 11,3 Millionen Tonnen lieferte die Provinz Posen 1,2 Millionen, d. h. also nahezu ein volles Zehntel. Was das bedeutet und welches ungebauerliche Geschenk den Polen mit dem Ergebnis 150-jähriger deutscher Arbeit allein mit diesem einen Teilgebiet unverdient in den Schoß fällt, das zeigt am besten ein Vergleich mit dem, was sie selbst in ihren beiden nicht deutschen Teilgebieten, dem Sarmatien und Galizien erwirtschaftet haben. Im Gesamtergebnis konnte im Sarmatien auf der 3/5-fachen Fläche bei weitem nicht die doppelte Ernte erzielt werden, in Galizien brachte eine etwas größere Fläche die Hälfte weniger. Das Bild wird noch klarer, wenn man den sogenannten Hektarertrag vergleicht. Die Provinz Posen mit 17,59 Doppelzentner auf den Hektar entspricht etwa dem deutschen Reichsdurch-

schnitt, im Sarmatien Polen bringt etwa der gleiche Boden 8,9 Doppelzentner. Nun behaupten die Polen ja gewöhnlich, daß an der Rückständigkeit im Sarmatien der russische Druck schuld gewesen sei. Aber selbst auf dem anerkannt vorzüglichen Boden Galiziens, wo das Sarmatien sich seit Jahrzehnten frei ausleben konnte, hat man es nur auf 11,3 Doppelzentner für den Hektar gebracht, d. h. weniger, als der arme Steinboden des gebirgigen Sarmatien trug (12,2) und ganz wesentlich weniger als zum Beispiel in dem auch keineswegs günstigen Württemberg (14,8).

Man könnte den Vergleich für jede Frucht durchführen, sowohl was die Bedeutung der zweifelhaft polnischen Landesteile für Deutschland betrifft, wie den Vergleich der deutschen mit der polnischen Arbeit. Es sei aber nur noch eine Frucht erwähnt, die uns im Kriege besonders teuer geworden ist, die Kartoffel. Auch hier lieferte die Provinz Posen von insgesamt 45,8 Millionen Tonnen wiederum knapp 10%, das gesamte strittige Gebiet wohl etwa 9 bis 10 Millionen Tonnen. Während wir es aber in Posen auf wesentlich mehr als den Reichsdurchschnitt von 137 Doppelzentner für den Hektar, nämlich auf 154,1 Doppelzentner gebracht haben, womit Posen an der vierten Stelle im Reich steht, sind im Sarmatien Posen kümmerliche 34,3 Doppelzentner auf den Hektar geerntet worden, also noch weniger als auf dem steinigen Boden Hohenzollerns, und auch Galizien mit seinem vorzüglichen Acker bringt es nur auf 111,2 Doppelzentner und bleibt damit hinter dem armen Tirol mit dessen 121,5 Doppelzentner noch weit zurück. Leonhard Hagebuecher.

Melioration.

Die Gewinnung neuer Kultur- und Siedlungsgebiete.

Deutschlands veränderte Wirtschaftslage, seine Verarmung und Abhängigkeit vom Ausland machen es zur gebieterischen Notwendigkeit, daß von innen heraus dem deutschen Lande neue Kräfte abgerungen werden, die bisher wenig beachtet, ja eigentlich vernachlässigt worden sind. Dem Abstrom der Menschenmassen in die Industrie, der unlerer wirtschaftliche Lage im Frieden und während des Krieges kennzeichnete, muß jetzt eine ebensolche Massenflucht deutscher Arbeiter in die Landwirtschaft folgen. Es ist dies einmal unbedingt nötig, damit die innere Produktion wieder gehoben wird, zum anderen Teil um die Arbeitslosigkeit nicht zur drohenden Gefahr des Massenelends anschwellen zu lassen.

Die Meliorationen bilden im Gesamtbild unserer Wirtschaft heute ein Kapitel für sich, das seiner Bedeutung nach von den amtlichen und nichtamtlichen Organisationen längst nicht genug gewürdigt wird. Um den Umfang der in Deutschland möglichen Meliorationsarbeiten zu veranschaulichen, seien hier folgende Biffern, die aus zuverlässigen statistischen Berechnungen stammen, genannt: Preußen hat in runden Zahlen 2.240.000 Hektar Mooreboden, d. i. ungefähr 6 1/2 % seines gesamten Staatsgebietes. Das Reich umfaßt dagegen einen Gesamt-Moorbestand von rund 2.500.000 Hektar oder 4 1/4 % der Gesamt-Bodenfläche. Von diesem Moorbestand entfällt etwa die Hälfte auf Niederungsmoore, die übrige Hälfte auf Hochmoore, und zwar sind von dem Gesamt-Hochmoorbestand Deutschlands rund 1.027.000 Hektar oder 90 % bisher noch unkultiviert, von dem Niederungsmoorbestand 1.032.000 Hektar, also ebenfalls 90 % noch nicht kultiviert. Außer den Mooren sind aber in Deutschland noch mindestens zwei Millionen Hektar sonstiges Ob- und Unland, Weiden und Hutungen vorhanden. Es sei nur an die Sandheiden in Brandenburg, Westpreußen, Schleswig-Holstein und Hannover erinnert. Dreierhalb dieser zwei Millionen Hektar unkultivierten Nicht-Moorbodens sind sicherlich einer Kultivierung zugänglich, so daß im ganzen Reichsgebiet insgesamt 3.559.000 Hektar unkultivierter Moore und Obflächen noch der Kultivierung offenstehen.

Wenn wir das deutsche Volkvermögen und die während der letzten Jahre verlorenen Werte bedenken, so bedeuten diese 3 1/2 Millionen Hektar neu zu kultivierende Fläche einen ganz erheblichen Aktivposten unserer Wirtschaft. Ja, die Urbarmachung der Moore und Obflächen drängt sich uns im Hinblick auf die bedrängte deutsche Wirtschaftslage geradezu als eine unbedingt notwendige Maßnahme auf. Es geht nicht an, daß Hunderttausende in den Städten hungern, während sie auf dem Lande die für die Volksernährung unentbehrliche Produktion zu steigern berufen wären. Ist doch, wenn man jene 3 1/2 Millionen Hektar Moore und Obflächen nur mit Kleegras besäte, die Möglichkeit gegeben, mit dem geernteten Sen jährlich rund 2.470.000 Stück Großvieh mehr als jetzt ernähren zu können. Was das bedeutet, möge die Tatsache erhärten, daß unter Gesamt-Rindviehbestand im Jahre 1918 nur 17.227.000 Stück betrug. Den siebenten Teil dieses Bestandes könnten wir also allein durch die Urbarmachung der Moore und Obflächen mit dem einfachsten Mittel: der Ausfaat von Kleegras, neu für uns gewinnen. Wenn wir aber den weiteren Gesichtspunkt der Besiedelung ins Auge fassen, die besonders für den größten Teil der Hochmoore in Betracht kommt, so ist allein die Möglichkeit gegeben, daß auf den Hochmooren gegen 70.000 größere und kleinere Siedlerfamilien Platz finden. Bei den Niederungsmooren liegen die Verhältnisse weniger günstig. Hier wäre aller Voraussicht nach nur eine Kolonisation von 5000 bis 6000 kleinerer oder größerer Siedlerfamilien im Bereiche der Möglichkeit. Wieviel Kulturarbeit von diesen ihren Lebensunterhalt auf bisherigem Ob- und Unland findenden Siedlerwirtschaften geleistet würde, braucht nicht erst erachtet zu werden.

Die Projekte für die Urbarmachung der Moore sind in den letzten Jahren vor dem Kriege und besonders seit der Demobilisierung immer weiter gediehen und es sind besonders in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein ausführliche Pläne fertiggestellt, um die Kultivierung vor allem der Hochmoore tatkräftig einzuleiten. Ingesamt waren schon anfangs des Jahres Entwürfe über Meliorationsarbeiten in Preußen fertiggestellt, die eine Meliorationsfläche von 144.394 Hektar umfaßten. Darin war eine Subregulierung von 3667 Kilometer miteinbegriffen. Die Anschlagskosten beliefen sich auf fast 50 Millionen Mark, und es wäre damit eine Arbeiterzahl von mindestens 53.000 Personen für Monate hinaus lohnender und produktiver Beschäftigung zugeführt. Die politischen Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß bisher nur ein geringer Teil der projektierten Meliorationsarbeiten in Ausführung genommen werden konnte. Trotzdem ist zu hoffen, daß in den deutschen Regierungen wie in den Arbeitgebern und Arbeitnehmerkreisen immer mehr der Gedanke Platz greift, welche hervorragende Kulturarbeit mit der Urbarmachung unserer Moore und Obflächen zu leisten ist. D. Meunier

Naß und Fern.

Das Fremdenbuch der Hohkönigsburg, das die Namenszüge bekannter Persönlichkeiten aufweist, die das Schloß besuchten, ist auf Befehl des Marschalls Bétain dem Armeemuseum in Paris überandt worden. Das Fremdenbuch im Hofschloß mit weißer Decke, trägt an erster Stelle die Namenszüge Wilhelms II., des Kronprinzen, des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, des ermordeten österreichischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand usw. Auf dem letzten Blatt liest man: „Marschall Bétain und General Gourand haben heute, 27. Januar, das Schloß Hohkönigsburg besucht. Auf Befehl des Marschalls wurde das vorliegende Fremdenbuch mit dem Datum dieses Tages abgeschlossen und dem General Nioz überandt, dem Gouverneur des Invalidenhausens, um im Museum der Armee Naß zu finden.“

Ein Millionenbetrug in Essen. Der für die Essener Stadtverwaltung tätige Großhändler Gusbord hat in seiner Eigenschaft als Verkaufsvermittler des städtischen Grobmarktes die Stadt um mindestens drei Millionen Mark und die Essener Bevölkerung um Hunderte von Waggons von Lebensmitteln betrogen. Der Betrag wurde einmal durch eine raffiniert ausgedachte Fälschung der Bücher bewerkstelligt. Ganze Waggons Lebensmittel ließ Gusbord an seine Verwandten, Bekannten und andere hochvermögende Personen, teils in Essen, teils nach auswärts abschleusen. Mehrere große Sozietäten waren ständig Gäste bei ihm. Durch die Vertrauensseligkeit der zuständigen Beamten der Stadtverwaltung ist ihm die Diebstahlstrategie wesentlich erleichtert worden. Welchen Umfang die Versträgererei angenommen hat, geht auch schon aus der Erklärung der Stadtverwaltung hervor, daß für die Versträgererei nicht weniger als 15.000 Waggons Lebensmittel in Frage kommen.

Ein Luftschiff ins Meer gefallen. Nach einer Reuter-Meldung aus New York ist das amerikanische Luftschiff „C. V.“, das für den Flug über den Ozean bestimmt war, in St. John infolge heftigen Windes von seinem Ankerplatz losgerissen und abgetrieben worden und 85 Meilen von der Küste entfernt in die See gefallen.

Brandtweinerzeugung aus Kohlrüben. Die Versuche einer Brandtweinerzeugung aus Kohlrüben, die in einigen südschwedischen Brennereien gemacht worden sind, haben ein befriedigendes Ergebnis gehabt, indem aus 100 Kilogramm Kohlrüben etwa 5 Liter Spiritus von 50 % Alkoholgehalt gewonnen sind.

Die große Munitionsexplosion bei Brüssel. Die Truppen hatten die Stelle bezeugt, wo die Explosion sich zugezogen hat, infolge deren der Wald von Seigrais teilweise niedergebrannt ist. Von den 500 bis 600 deutschen Kriegsgefangenen, die entwichen waren, konnten 150 wieder eingebraucht werden.

Fleckfiebergefahr. In einem Vortrage über die Gesundheitsverhältnisse in Leipzig wies der Stadtbezirksarzt Medizinalrat Dr. Boetter u. a. darauf hin, daß die Übertragung des Fleckfiebers durch Kleider- und Kopfläuse erfolge. Die Bevölkerung sollte sich deshalb diesem Ungeziefer gegenüber nicht so indolent verhalten. In einer Leipziger Volksschule waren bei einer Untersuchung unter den Mädchen 50 % verlaust gefunden. Geradezu schreckliche Verhältnisse beständen da noch. Es gebe eine Menge Familien, die völlig verlaust wären.

Mit einer Million Gulden festgenommen. In Winterville, Holland, wurde ein Deutscher mit einem Arm, der im Besitz eines Bündels Wertpapiere im Wert von mindestens einer Million Gulden war, festgenommen.

8000 Zentner Getreide verbrannt. Vermutlich durch Heißlaufen einer Elevatorwelle entstand in dem großen Speicher des Torquater Kornhauses ein Brand, bei dem etwa 8000 Zentner Getreide vernichtet wurden.

Eine Arbeitsunruhe in Brüssel. Nach einer Erklärung Camille Huysmans hat die Stadt Brüssel endgültig die Gründung einer Universität der Arbeit beschlossen. Die Kosten des Gebäudes, das sich an der Stelle des gegenwärtigen Lunaparks erheben soll, werden auf drei Millionen geschätzt. Huysmans erinnert aus diesem Anlaß daran, daß während des Krieges Omer Bunse in den Internierungslagern der belgischen Soldaten in Holland eine Universität der Arbeit begründet hatte, die 600 bis 700 Lehrer und etwa 12.000 Schüler zählte.

Hungeraufstände in Moskau. Nach russischen Zeitungsberichten hat der Hunger in Moskau ernste Unruhen und Aufstände gegen die Sowjetregierung hervorgerufen. Eine Massenversammlung forderte: Weg mit Lenin und Trotski; weg mit der Sowjetrepublik. Die Volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten gegen die Arbeiter Notgardisten. Die Arbeiter wurden auf den Plätzen zusammengetrieben und viele erschossen. Unter den Kugeln und Bajonetten fielen 4000 Leute. Die Leichen sind liegen geblieben, da sie infolge des Fehls von Transportmitteln nicht fortgeschafft werden konnten. Nach zwei Tagen erhielt die Intelligenz den Befehl, aufzuräumen; unter Knutenanwendung wurden je vier vor den Transportwagen gespannt.

Leben und Wissen.

Ein Verbrecher-Stammbuch. Eine interessante Anregung hat die Genealogische Gesellschaft in Finnland gegeben. Sie hat nämlich der finnischen Gefängnisverwaltung den Vorschlag gemacht, daß alle Angaben, Verichte und Materialien, die sich auf verbrecherische, entartete oder geisteschwache Individuen beziehen, an einer Stelle vereinigt werden sollen. Als Stamm dieses Archives sind die Aufzeichnungen gedacht, die in den Gefängnissen selbst regelmäßig geführt werden. Ein „Verbrecher-Stammbuch“ dieser Art würde auf die Dauer eine an Wert und Bedeutung ständig wachsende Quelle für alle Erblichkeitsuntersuchungen bilden, die sich auf Eigenschaften beziehen, die der Gesellschaft schädlich sind. Unter welchen Bedingungen diese Eigenschaften hervorreten und sich entwickeln, in welchem Zusammenhang sie mit dem Verbrechen stehen, welche seelischen und körperlichen Eigenschaften dabei hervortreten: zur Beantwortung dieser und verwandter Fragen würde das Archiv wichtiges Material liefern. Es hätte aber auch für die Praxis der Rechtsprechung keine Bedeutung, indem die daraus gewonnene Erkenntnis zu einer billigeren Beurteilung der Verantwortung des einzelnen, nachweislich erblich belasteten Individuums führen dürfte. Darüber hinaus eröffnet die systematische Ausnutzung des Archives weitere große soziale Perspektiven. Es bietet sich da die Möglichkeit, daß gegen solche Geschlechter, bei denen verbrecherische Neigungen oft und erblich auftreten, von seiten der Gesellschaft Schutzmaßnahmen der einen oder anderen Art getroffen und daß solche Familien an der weiteren Vererbung der schädlichen Eigenschaften verhindert werden. Das geplante Archiv soll allen wissenschaftlichen Forschern über Erblichkeitsfragen, dann aber auch Juristen und Ärzten zugänglich sein; die Genealogische Gesellschaft hat sich bereit erklärt, die Organisation des Unternehmens durchzuführen.